

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zählstellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Zeile 60 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. H. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Nühet die Zeit! Werbt für den Verband, stärkt die Organisation für kommende Kämpfe!

„Arbeiter“.

Im Wandel der Zeiten ändern sich auch die Menschen. Dieser Satz hat aber auch umgekehrt seine große Bedeutung. Die grundstürzenden Änderungen im gesellschaftlichen Organismus sind zum Teil auf wirtschaftliche Momente zurückzuführen. Das geistige Leben eines Volkes ist stets bedingt durch die wirtschaftlichen Triebkräfte, wobei wir eine gewisse Wechselwirkung durchaus nicht leugnen wollen. Selbst das gewaltigste Bindeglied zwischen Mensch zu Mensch oder zwischen Nation und Nation — die Sprache — ist diesem Wandel unterworfen. Man braucht nur ein einziges Wort, allerdings ein bedeutungschweres Wort, aus dem deutschen Sprachschätze herauszugreifen, und man wird die Richtigkeit unsres vorherigen Satzes nicht mehr bestreiten können. Ich meine das Wort „Arbeiter“. Welche Bedeutung hat nicht dieses Wort zu den verschiedensten Zeiten unter den Natur- und Kulturvölkern gehabt.

Bei den Naturvölkern wurde die Arbeit der Frau (das Holzschleifen, das Reinigen des Hauses, das Anzünden des Feuers usw.) als geringwertig geschätzt. Dagegen galt das Jagen und Fischen als eine hervorragende „edle“ Beschäftigung und gilt es durchweg noch heute bei den „gefitteten“ Kulturvölkern. Allerdings gab es auch Naturvölker (z. B. verschiedene Indianerstämme), bei denen jede Tätigkeit — ob im Hause am Herde oder in der Wildnis auf der Jagd — als gleichwertig angesehen wurde. — Im alten Rom wurde die Arbeit überhaupt nicht als kulturell wertvoll angesehen. Man behandelte den Sklaven, der die Arbeiten verrichtete, verächtlich und hielt nur die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft, sowie das Kriegshandwerk als ehrenvoll, „staatserkhaltend“. Im alten Griechenland war es nicht anders. — Erst die Künste des Mittelalters brachten die Arbeit als solche wieder zu Ehren. Der „goldene Boden“ des Handwerks trug nicht unwesentlich dazu bei. Dennoch galt der Wert der Arbeit nur dann etwas, wenn der Handwerker selbständig war und auf eigenem Grund und Boden haufen konnte. Man lese nur in alten Berichten, wie sich diese Wertschätzung der Arbeit wieder verschob, wenn auch der Zunftselle und Zunftslehrling diese für sich in Anspruch nehmen wollte. Höchstens dem Sohne des Vaters, der ein Handwerk betrieb und ersteren anleitete und ihn schließlich mit ins Geschäft eintraten ließ, wurde dasselbe Lob zuteil.

Der Begriff der Arbeit nahm wieder andre Formen an mit dem Aufsteigen und dem gewaltigen Aufschwung der Industrie sowohl in Deutschland wie in andern Ländern. Mehr und mehr wurde die Fabrik das Heim des Arbeiters und der Arbeiterin. Die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die heute in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft beschäftigt sind, bilden das Rückgrat unsrer Wirtschaftspolitik. Ohne diese können wir gar nicht vorwärtskommen, möge es auch ein Gebiet sein wie immer. Was Wunder, daß schon aus diesem Grunde sich in bürgerlichen Kreisen eine Umwertung des Begriffs der Arbeit und damit verbunden der Arbeiterschaft geltend machte. So wie sich die rein geistige Tätigkeit seit jeher der Anerkennung aller wirklich gebildeten Kreise erfreute, so rang auch der Arbeiter danach, daß seine Arbeit — die ja des geistigen Inhalts durchaus nicht entbehrt — wieder zu Ehren kam. Keinem Politiker, der mit den geschichtlichen Zusammenhängen vertraut ist, kann die Tatsache verborgen geblieben sein, daß die Sozialdemokratie als die Vertreterin der Arbeiterschaft auf diesem Gebiete eine ungemein fruchtbare Arbeit geleistet hat. Wenn heute die Arbeit des Arbeiters und der Arbeiterin als kulturell wertvoll anerkannt wird, so hat nichts mehr dazu beigetragen, als der unerschrockene Kampf der Sozialdemokratie. Der frühere Oberpräsident von Schlesien, v. Beditz, betonte vor einigen Jahren einer Schlesien besuchenden Studienkommission unter Führung des Herrn Professor Sering gegenüber, daß er es für berechtigt erachte, wenn immer breitere Volksschichten sich aktiv am Staatsleben beteiligen wollten. Noch deutlicher hat sich vor Jahren der verfloßene Staatssekretär Graf v. Posadowsky — der sich von einem Schatzmacher zu einem warm empfindenden Sozialpolitiker fortentwickelt hat — dahin ausgesprochen, daß die schaffende Arbeit in Stadt und Land den großen Aufschwung der Industrie und den Reichtum der Nation mit herbeiführt habe. Damals erklärte Herr Posadowsky in einem Anzuge von Offenheit, daß er die Sozialdemokratie als die einzige Vertreterin der

Arbeiterschaft anerkenne. Diese dankenswerte Offenheit ist ihm allerdings böse vergolten worden, denn heute darf ein Minister in Preußen oder im Reich keine Meinung, sondern nur ein Amt haben.

So ändern sich die Zeiten. Auch unsre lieben Junker haben in gewissen Fragen gelernt, sich unter die unbeuglame Entwicklung der Dinge zu stellen. In früheren Jahrhunderten bildete für sie der Ueberfall friedlicher Reisender auf der Landstraße ihre Hauptbeschäftigung. Es war der sogenannte edle Sport, vor dem sich sogar die Städte schützen mußten. Wenn man vor 300 Jahren einem Junker angeboten hätte, eine Fabrik zu betreiben oder ein Bankhaus zu leiten, so hätte dieser wahrscheinlich emphatisch erklärt, daß er weder ein Jude sei noch sich mit derartig schmutzigen Dingen abgebe. Und heute? Da sehen wir unsre vortrefflichen Junker den Schnaps brennen, wir sehen sie Fabriken leiten, kurzum, sie haben allmählich gelernt, die großkapitalistische Entwicklung in ihren Dienst zu stellen. Es gibt kein Wirtschaftsgebiet mehr, auf dem nicht unsre Junker ihre Rasse vertreten haben. Sie werden auch weiter lernen, mögen ihre Schädel noch so hart und möge ihr Blut noch so blau sein. Einkommen dürfen wir diese Entwicklung mit Freuden begrüßen. Sie gibt uns die Gewähr, daß es allmählich immer besser wird, je enger und energischer wir in der Arbeiterbewegung an der Verwirklichung unsrer Grundzüge und Ziele arbeiten. Es gibt keine Beschäftigung — weder körperliche noch geistige — die niedriger oder höher bewertet werden muß. Jede Arbeit, sofern sie ehrlieh — auch ein relativ geringer Begriff — und ernst verrichtet wird und im Interesse der Gesellschaft oder Gemeinschaft liegt, ist kulturbringend, schafft Werte. Sofern noch ein Qualitätsunterschied in der heutigen Gesellschaft gemacht wird, beruht dies lediglich auf den bestehenden Klassenunterschieden, die gesellschaftlich den gemeinsamen Grundzug alles menschlichen Wesens verhüllen. Wer heute noch in arger Selbstverblendung über den „Dresdener“ oder den einfachen Tagelöhner mit souveräner Verachtung oder höhnischem Mitleid hinwegsieht, der schämt sich selbst sehr niedrig ein.

Arbeiter, die ihre Feinde wählen!

Die preussische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien vor offenen Stellungnahmen gezwungen. Die preussische Regierung hat durch ihren launigen Wahlrechtentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für würdig erachtet, im Staatswesen mitzuarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Manne den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie dem Besitzenden. Sie gibt 2 Millionen und 7 Wohlhabenden doppelt soviel Stimmrecht, wie 41 Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Kleinbauern; ja 6 der privilegiertesten Staatsbürger können 4 der übrigen niederkommen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Vertrauen zu ihren Staatsbürgern, um ein unbefangenes Votum darüber zuzulassen, somit würde sie sich nicht gegen die geheime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmabgabe zu Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner Stimmabgabe zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Ueberzeugung folgen dürften, denn gerade dieser Staatsangehörigen- und Arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung, Entrechtung und Einschüchterung aller abhängigen, nichtbesitzenden Wähler, das ist die Stellung der preussischen Regierung zum preussischen Volke. In der Preussendynastie heißt es:

„Nicht Noth, nicht Reize
Sichern die stille Hoth“
Wo Fürsten stehen!
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Gründen den Herrscherthron
Wie Fels im Meer!“

Im Wahlrechtentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Ueberzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande derart geküßt, daß selbst ein Barrer Raumann öffentlich erklärte, er schäme sich, ein Preuße zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Besitz und jüwilerungsberühmte Ueberzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleinrentbetreibenden, Kleinrenten und Kleindauern, die sie entrecht will. Sie ist das Werkzeug der „Beisten und Rechten“ der Nation, der Junker und Millionäre, der Konterpartien, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu stützen verucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wahlrechtsraub im Reich grundsätzlich unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger

der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendwelcher Form unterstützt. Rein Launen könnte so einseitig sein, dem Volk sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Todfeind und meidet ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrechteten und Verachteten, der Zellhafteten konservativen Abgeordnete! Nur politischer Unverstand, den ein Launen beschämen müßte, bildet die Erklärung für solchen Wahnsinn. Diesen Unverstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volks eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die düstersten Höhlen trägt und den Armen das Bewußtsein ihrer Menschenwürde wiedergibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freisinnparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie scheiden. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Herresfolge aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime Abstimmung und die direkte Wahl; auch erhebt ihr Parteinteresse eine gerechtere Wahlkreis-einteilung, die den Städten und Industriekreisen mit hartem Bevölkerungszuwachs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten gewogen werden. Vereint mit den Konterpartien und der Regierung stützen sie das Dreiklassenwahlrecht; höchstens ein Pluralwahlrecht, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagskommission haben die Nationalliberalen die Anträge auf Vereinfachung des Klassenwahlrechts, auf Herabsetzung des Wahlalters, sowie auf niedrigere Magistrierung der Steueranrechnung niedergelegt. Dafür unterfützte sie durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den Wahlrechtsschacher der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerschichten die Entrechtung der dritten Wählerklasse wirksamer zu gestalten, und versuchten die Drittelung der Wähler nach Wahlkreisen statt nach Stimmbezirken durchzusetzen, wodurch ebenfalls der Einfluß der Minderbemittelten geschwächt würde. Die Nationalliberalen wollten dem Volke das beleidigend-schmachvolle System der „gehobenen Wähler“ dadurch schmachtlicher machen, daß sie auch den sogenannten „Lebenslänglichen Arbeitern“, die mindestens 12 Jahre in ein und demselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das verheißt die Arbeiterentlastung noch mehr in den Dienst der staats-erhaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern's Gnade schaffen, — ein Lohn für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels auf's Häuften stützt. So wenig verneint diese Partei die Volkssphäre, daß sie um des schändlichsten politischen Schachens willen die schmerzhaftesten Empfindungen derjenigen verletzt, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge eigentlich erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichthums anderer schätzt, den Arbeiter im Grunde ihrer Seele aber verachtet!

Und so seltsam es klingen mag — auch nationalliberale „Volksvertreter“ werden von Arbeitern gewählt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kulturkampfpauke gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Protobauern ihre Arbeiter rückwärts als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassenneure veründigen, — daß sie, die De-klarierten, die liberale Klassenpolitik befechtigen, anstatt das Klassenwahlrecht durch ein gleiches Wahlrecht zu ersetzen? Wenn sie noch niemals daran gedacht haben, dann ist es die höchste Zeit, ihnen das so deutlich wie möglich zu sagen, denn die Haltung dieses Liberalismus im Wahlrechtskampf ist eingeleitet. Lächer als selbst die der Junker, die wenigstens kein Hehl aus ihrer Feindschaft gegenüber dem demokratischen Wahlrecht machen.

Auch die Zentrumspartei stützt sich auf Wähler aus Kreisen der Arbeiterschaft und Minderbemittelten. Sie weiß dies und gibt deshalb vor, Anhängerin des Reichstagswahlrechts gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Protobauern ihre Arbeiter rückwärts als Stimmvieh zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassenneure veründigen, — daß sie, die De-klarierten, die liberale Klassenpolitik befechtigen, anstatt das Klassenwahlrecht durch ein gleiches Wahlrecht zu ersetzen? Wenn sie noch niemals daran gedacht haben, dann ist es die höchste Zeit, ihnen das so deutlich wie möglich zu sagen, denn die Haltung dieses Liberalismus im Wahlrechtskampf ist eingeleitet. Lächer als selbst die der Junker, die wenigstens kein Hehl aus ihrer Feindschaft gegenüber dem demokratischen Wahlrecht machen.

erweitern zu einer gerechten Wahlkreiseinteilung...

Über anstatt die Arbeiterpolitik zu betreiben, hat das Zentrum...

Was sagt die christliche Arbeiterschaft zu dieser Arbeiterpolitik...

Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes in Preußen...

Es ist auch Ernst mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen?

Arbeiter, die ihr verbündeterweise eure bittersten Feinde wählet...

Aus dem Reichstage.

Wie alljährlich, so war auch diesmal die Bänderparade im Reichstag...

Der Allseitige Tod hat die Neuwahl eines Präsidents notwendig gemacht...

Wenn jetzt der Beginn der neuen Woche fortwommt die berauftragte...

Da den angenommenen Resolutionen gehört auch die Resolution...

Dies Resolution legt das Zentrum vor, nachdem unser Bräutigam...

Der Wortlaut der sozialdemokratischen Resolution ist dieser:

Der Reichstag wolle beschließen:

- 1. auf die Gefahren, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter... 2. darauf, wie oft die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen...

Die Begründung wurde von dem Kollegen Frey in eingehender Weise gegeben...

Der Bericht des Reichsversicherungsamts über das Jahr 1909

ist worden erschienen. Was er über die allgemeine Gestaltung der Arbeiterversicherung...

Das Bemerkenswerteste ist die Abnahme der bewilligten Renten. In der Unfallversicherung...

Die Zahl der überhaupt Versicherten hat sich nur wenig vermehrt. In der gewerblichen Unfallversicherung...

Das Vermögen der Versicherungsanstalten ist im Jahre 1909...

Immer bedenklicher wird die Rechtsprechung zur Unfall- und Invalidenversicherung...

Dies von dem Amte schon in früheren Jahren vorgebrachten Klagen über Ueberlastung...

Schade, daß immer bei einem Schritt nach vorwärts zwei nach rückwärts klauften.

Betriebsunfälle der Fabrikarbeiter in Großbritannien.

Das neue britische Unfallversicherungsgesetz, welches im August 1907 in Kraft trat...

Gewährung von Unfallentschädigung haben, sondern es stellte auch gewisse Gewerbetrankeheiten...

Der Reichstag hat mit Verordnung vom 15. Januar 1908 Angaben im Sinne des Gesetzes...

Die Zahl der in Betracht kommenden Unternehmungen war etwa 140 000, und es ist kaum verwunderlich...

Die Zahl der 1908 zum erstenmal entschädigten nicht tödlichen Unfälle betrug in der Schifffahrt...

Das Ausmaß der Unfallentschädigung betrug insgesamt 2 080 872 Pfund Sterling...

Bei den Unfällen usw. der Fabrikarbeiter betrug das Gesamt- und Durchschnittsausmaß der Entschädigung:

Table with 4 columns: Unfälle usw., Gesamte Entschädigung, Durchschnitt, and a note about the currency conversion.

Alle im Jahre 1908 entschädigten Unfälle und Gewerbetrankeheiten...

Von den 136 899 Entschädigungsansprüchen nach nicht tödlichen Unfällen...

Nach wöchentlichen Rentenzahlungen hörten im Jahre 1908 121 033 Entschädigungsansprüche...

Ueber die Ursachen und die Folgen der Betriebsunfälle enthält die britische Statistik nichts...

Vergleichszahlen für frühere Jahre gibt es nicht; denn bisher wurden nur Angaben über die Resultate der Rechtsprechung...

*) 1 Pfund Sterling ist mit 20 Mk. umgerechnet.

